

23./8. 1914.

Arbeitsvermittlung und Volkswirtschaft.**Zentralstelle für Arbeitsnachweis.**

Die der Zentralstelle für Arbeitsnachweis angegliederte Kommission hielt am Donnerstag unter dem Vorsitz des Ministers des Innern eine Sitzung. Von der Gewerkschaftskommission nahmen an ihr die Genossen Hueber und Grünwald teil. Aus den Ausführungen des Ministers, die im Wesen nur die Wiederholung des angeschlagenen Aufrufes waren, wäre ein Satz hervorzuheben: „Allerdings läge die größere und wirksamste Hilfe in der Erhaltung der Arbeitsgelegenheiten und in der Schaffung neuer Arbeit — in dieser Richtung habe die Regierung auch bereits alle Einleitungen getroffen, die sie treffen konnte, und was künftig geschehen kann, werde so rasch als möglich getan werden.“ Weiter hat der Minister über die „Einleitungen“, die die Regierung „getroffen“, nichts Näheres mitgeteilt. In seinem Referat erörterte Sektionschef v. Marquc „die Schwierigkeiten, die einer fruchtbareren Tätigkeit der Zentrale bisher entgegenstanden“. Aus der Debatte wäre zu erwähnen:

Oberinspektionsrat Gerenyi hob die Mängel der sogenannten wilden Vermittlung hervor, die eine förmliche Konkurrenz bei der Beilegung freier Arbeitsplätze herbeiführe und die Zentralorganisation in ihrer Arbeit behindere. Als Abhilfe forderte er die Bekanntgabe der bei diesen Vermittlungen angemeldeten, unbeseht gebliebenen freien Stellen an die Zentralvermittlung und ein enges Zusammenwirken der einzelnen Landesstellen untereinander, wodurch ein erfolgreicher Austausch von Arbeitskräften, insbesondere von Professionisten, ermöglicht würde.

Der Vertreter der Landwirtschaftsgesellschaft, Regierungsrat Häusler, referierte über die bisherigen Bemühungen der Landwirtschaftsgesellschaft, die die Unterbringung der notleidenden städtischen Arbeitslosen in der Landwirtschaft bezwecken und dank einer zweckmäßig eingeleiteten Aufklärungsaktion und einer entsprechenden Scheidung der Arbeitssuchenden nach Kategorien bereits von Erfolg begleitet seien.

Hueber lenkte die Aufmerksamkeit auf die Gefahren, die mit dem zu erwartenden Zustromen Arbeitsloser aus der Provinz nach der Hauptstadt verbunden wären. Er hob insbesondere die weite Verbreitung der Arbeitslosigkeit in Böhmen hervor und regte eine Verständigung der arbeitslosen Bevölkerung in den anderen Kronländern darüber an, daß die Arbeitsverhältnisse in Wien höchst ungünstig seien und daß daher der Zugang von Arbeitslosen nach Wien zwecklos wäre.

Bezirkshauptmann v. Fürer trat für die möglichst enge Gestaltung der Zusammenarbeit der einzelnen Landesnachweise ein, die öfter bereits langjährige Geschäftsverbindung mit benachbarten Kronlandsorganisationen gepflogen haben und dadurch in die Lage versetzt sind, auch den Arbeitsmarkt der Nachbarländer zu überblicken.

Landesausschuh Kunschak empfahl eine intensive Einwirkung auf einzelne Zentralstellen, um die im Augenblicke des Kriegsausbruches sistierten öffentlichen Lieferungen und Arbeiten wieder in Fluß zu bringen. Zu diesem Zwecke wären die budgetär zugestandenen Beträge flüssig zu machen und auch die rasche Liquidierung der unbezahlten Staatsrechnungen sowie die beschleunigte Ueberweisung der Zuschüsse an die Landeskasse zu veranlassen, um auch dem Lande die Durchführung der in Aussicht genommenen Arbeiten zu ermöglichen. Weiter würde die rechtzeitige Aufnahme des

Schulbetriebes zur Beruhigung der Bevölkerung beitragen und hiedurch auch eine Verminderung der unbezahlten freiwilligen Hilfskräfte erreicht werden, die derzeit zahlreichen Arbeitslosen, insbesondere aus den kaufmännischen Berufen, die Arbeit wegnehmen.

Obermagistratsrat Dr. Dost und Abgeordneter Prochazka berichteten über die von der Gemeinde Wien eingeleiteten und sonst im Zuge befindlichen Notstandsarbeiten, insbesondere auch über das Projekt der Schuttbauten der Donauregulierungskommission im Inundationsgebiet.

Da durch die neuerlichen Landsturmeinberufungen nur vorübergehend Arbeitsgelegenheit entstehen dürfte, empfahlen insbesondere Kunschak und Prochazka eine Erleichterung der derzeitigen Bedingungen hinsichtlich der Kreditgewährung zur Anschaffung neuer Arbeitsgelegenheiten.

Freiherr v. Oppenheimer trat für die Fortführung der gemeinnützigen Bautätigkeit ein. Abgeordneter Friedmann empfahl die möglichste Wiederbelebung der Warenerzeugung, die geradezu die wichtigste Voraussetzung für eine erfolgversprechende Arbeitsvermittlung bilde. Den springenden Punkt bilde hier die Erleichterung der Kreditverhältnisse, die in jeder möglichen Art, insbesondere durch volle Ausnützung der vorhandenen Werte, durch weitgehende Kommodierung von Depots, Belehnung von Waren und durch Eskomptierung langfristiger Wechsel angestrebt wäre. Die Erleichterung des Geldverkehrs würde besonders bei dem Bezug von Rohmaterialien aus Deutschland in Betracht kommen, der derzeit dadurch unterbunden erscheine, daß die Bank keine Devisen auf deutsche Plätze zur Verfügung stelle, wodurch eine Bezahlung in Mark unmöglich werde.

Der Minister erklärte „seine volle Bereitwilligkeit, die Anregungen, soweit irgend möglich, sofort mit Nachdruck zu verfolgen“.